

Herrn
Bundesminister Thorsten Frei MdB
Bundeskanzleramt

Nur per E-Mail: thorsten.frei@bk.bund.de

27. März 2026

Entwürfe eines Naturschutz-Infrastrukturgesetzes / Bewertung Rohstoffverbände

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

den unterzeichnenden Verbänden ist ein Referentenentwurf aus dem BMUKN für ein Gesetz zur Stärkung der natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bekannt geworden. Mit Blick auf ein noch nicht begonnenes Gesetzgebungsverfahren sehen wir davon ab, den Entwurf bereits jetzt im Einzelnen zu bewerten. Schon die erkennbare Grundrichtung des Vorhabens gibt uns jedoch Anlass zu großer Sorge.

Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung ausdrücklich zur Förderung der heimischen Rohstoffgewinnung unter Wahrung von Umwelt- und Sozialstandards sowie zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dieses Ziel wird ausdrücklich in den Kontext der Stärkung von Wirtschaftssicherheit, Resilienz und der Verringerung strategischer Abhängigkeiten gestellt.

Heimische Rohstoffgewinnung ist keine isolierte Einzelaktivität, sondern die erste Stufe industrieller Wertschöpfung. Sie bildet die Voraussetzung für Investitionen, Produktionsketten und Transformationsvorhaben. Wo der dauerhafte Zugriff auf heimische Rohstoffe unsicher wird, werden auch nachgelagerte industrielle Investitionen in Deutschland zunehmend in Frage gestellt.

Der nun erkennbare Ansatz, naturschutzrechtliche Belange mit erheblicher Breitenwirkung mit einem überragenden öffentlichen Interesse zu versehen, steht hierzu in einem Widerspruch. Er läuft Gefahr, die Gewinnung heimischer Rohstoffe als zentralen Baustein industrieller Wertschöpfung, Versorgungssicherheit und gesamtwirtschaftlicher Resilienz zu schwächen und bestehende Abhängigkeiten von Importen weiter zu verschärfen. Eine solche gesetzliche Vorfestlegung würde die Abwägungssystematik in Planungs-, Genehmigungs- und Gerichtsverfahren strukturell verändern und zulasten industrieller Wertschöpfung verschieben.

Heimische Rohstoffgewinnung ist im Gegensatz zu vielen Infrastruktur- oder Investitionsvorhaben standortgebunden. Was als naturschutzrechtliche Weiterentwicklung angelegt ist, kann in der Praxis dazu führen, dass Vorhaben weiter verzögert, verteuert oder im Einzelfall faktisch unmöglich gemacht werden. Durch planerische oder rechtliche Vorfestlegungen zugunsten konkurrierender Nutzungen gehen Rohstofflagerstätten irreversibel verloren. Das betrifft nicht nur neue Projekte, sondern auch die Sicherung und Weiterentwicklung bestehender Standorte.

Besonders problematisch ist aus unserer Sicht das politische Signal an Investoren, Unternehmen und die Zivilgesellschaft. Erst vor wenigen Wochen wurden im Rahmen des Round Tables "Stärkung der heimischen Rohstoffgewinnung" im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ressortübergreifend Wege diskutiert, um Verfahren schneller, verlässlicher und investitionsfreundlicher zu gestalten. Wenn parallel ein Gesetzesvorhaben vorbereitet wird, das in die entgegengesetzte Richtung weist, schwächt dies die Glaubwürdigkeit der angekündigten Beschleunigungsagenda. Die erkennbare Stoßrichtung geht im Bereich Naturschutz deutlich über das hinaus, was der Koalitionsvertrag vorsieht, und steht zugleich im Widerspruch zu dessen Zielen bei Genehmigungsbeschleunigung und heimischer Rohstoffgewinnung.

Uns ist bewusst, dass ein Referentenentwurf aus einem Ressort noch nicht die abgestimmte Position der Bundesregierung darstellt. Gerade deshalb ist es aus unserer Sicht wichtig, frühzeitig auf die grundsätzliche Problematik hinzuweisen.

Wir bitten Sie daher, im weiteren Ressortabstimmungsprozess auf eine Ausgestaltung des Vorhabens hinzuwirken, die mit den Zielen der Bundesregierung zur Stärkung der heimischen Rohstoffversorgung und zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinbar ist. Insbesondere sollte vermieden werden, naturschutzrechtliche Belange mit einem überragenden öffentlichen Interesse auszustatten.

Die unterzeichnenden Verbände setzen auf den fachlichen und politischen Austausch innerhalb der Bundesregierung und stehen für ein vertiefendes Gespräch gerne zur Verfügung.

Ein gleichlautendes Schreiben haben wir an Bundesministerin Reiche versandt.

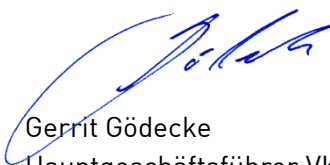
Mit freundlichen Grüßen



Dr. Matthias Frederichs
Hauptgeschäftsführer BBS



Dr. Ludwig Möhring
Hauptgeschäftsführer BVEG



Gerrit Gödecke
Hauptgeschäftsführer VKS



Philipp Schollmeyer
Hauptgeschäftsführer VRB